

10. April 2013

„Demokratiepaket sehr bescheiden“

von Johannes Huber

Für zwingende Volksabstimmungen: Theo Öhlinger.

FOTO: APA



Für zwingende Volksabstimmungen: Theo Öhlinger. FOTO: APA

Verfassungsrechtler Öhlinger sieht bei Volksbegehren sogar einen „Rückschritt“.

WIEN. (VN-joh) „Sehr bescheiden“ sei das Demokratiepaket, das SPÖ und ÖVP vorgelegt haben und noch vor den Nationalratswahlen im Herbst beschließen wollen. Das sagte der Verfassungsrechtler Theo Öhlinger gestern auf einer Bundesrats-enquete zu direkter Demokratie in Wien. So sei zwar vorgesehen, dass Volksbegehren, die von mehr als 100.000 Bürgern unterstützt werden, im Hohen Haus in einem „Besonderen Ausschuss“ behandelt werden müssen. Doch damit -werde geradezu voraus-gesetzt, dass ein Volksbegehren wirkungslos bleibt und kein Gesetzgebungsverfahren nach sich zieht. In solchen Ausschüssen könnten nämlich keine Gesetzesvorlagen behandelt oder beschlossen werden, kritisierte Öhlinger. So gesehen würde es sich bei der Reform sogar um einen „Rückschritt“ gegenüber der derzeitigen Regelung handeln. Womit die Praxis verstärkt werden würde, dass Volksbegehren vom Nationalrat ignoriert werden.

Diese Unart könnte überwunden werden, ist Öhlinger überzeugt: Und zwar dann, wenn erfolgreiche Volksbegehren, die der Nationalrat nicht erfüllt, zwingend eine Volksabstimmung nach sich ziehen; dann würden die Bürger zum Gesetzgeber aufsteigen. In Deutschland gebe es ein ähnliches Modell in allen Bundesländern, berichtete der Wiener Verfassungsrechtler: „Die Praxis zeigt, dass seine Wirkung nicht darin besteht, dass Volksabstimmungen am laufenden Band stattfinden. Die primäre Auswirkung besteht vielmehr darin, dass sich der Landtag mit einer entsprechend unterstützten Volksinitiative intensiv auseinandersetzt und mit den Initiatoren auf Augenhöhe verhandelt.“

Die Forderung nach zwingenden Volksabstimmungen wird auch von der Gruppe „MeinOe“ erhoben; sie hat ein Volksbegehren dazu durchgesetzt, das ab Montag in den Gemeindeämtern zur Unterschrift aufliegt.

Die Enquete fand auf Initiative von Bundesratspräsident Edgar Mayer statt. Als Eröffnungsrede bewarb Landeshauptmann Markus Wallner die Vorarlberger Bürgerräte. Sie seien eine wirkungsvolle Möglichkeit, „die positiven Kräfte in der Gesellschaft zu aktivieren“ und damit den Vertrauensverlust in die Politik zu überwinden.